

Globale Trends zum Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft: Das Beispiel Simbabwe

Vortrag von Rejoice Ngwenya auf der Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 15. Oktober 2013 [Es gilt das gesprochene Wort]

1. Einleitung

In Simbabwe gilt politischer Aktivismus oder alternativ das Streben nach Bürgerbeteiligung an der lokalen und nationalen Regierung seit jeher als konfliktbehaftet. Und das aus gutem Grund. Jahre des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Traumas haben die gegensätzlichen Standpunkte der Regierung und der Bürger zementiert und zu gegenseitigem Misstrauen und Verbitterung geführt.



Diese Situation mündete in einer starken Polarisierung der Nation und vergiftete das Verhältnis zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Theoretisch ließe sich aber selbst in einer Atmosphäre der „objektiven Aggressivität“ noch eine wertschöpfende Bürgerbeteiligung erreichen. Mehr als 30 Jahre der politischen Repression haben jedoch Eindruck entstehen lassen, dass die Regierung jeden

Bürger als Dissidenten wahrnimmt, der versucht, politisch zu argumentieren. Nichtsdestotrotz ist die Verbindung von politischem Aktivismus und Gewalt eine Illusion, die durch diejenigen aufrechterhalten wird, die sich der Meinung des Volkes widersetzen. Das Verhältnis zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, je nachdem aus welchem Blickwinkel es betrachtet wird, ist jedoch fragil. Dies gilt vor allem für Länder wie Simbabwe, die von eigennützigen Relikten des Nationalismus regiert werden. Das Problem liegt jedoch keineswegs bei den widersprechenden, fordernden Mitgliedern der Zivilgesellschaft. Die Problematik liegt vielmehr bei den Diktatoren, die einen primitiven Anspruch auf den Nationalstaat erheben. In ihren Augen ist regieren eine Berechtigung, kein demokratisches Privileg. Wenn jemand dieser weitverbreiteten Haltung ein Ende setzen kann, dann ist es die Zivilgesellschaft. Theoretisch hätte ihr Einfluss beträchtlich sein können, jedoch war „der simbabwische NGO-Sektor lange Zeit unterentwickelt und im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten politisch inaktiv“ (Mair und Sithole, Konrad Adenauer Stiftung, 2002). In den vergangenen zehn Jahren hat sich diese Situation sogar kontinuierlich verschlechtert.

2. Wer ist die ‚Zivilgesellschaft‘?

In Simbabwe sehen sich zivilgesellschaftliche Organisationen selbst als „nicht parteigebundene, unabhängige und objektive Organe, deren Hauptaufga-

be darin besteht, eine Kultur der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zu fördern sowie die Interessen der marginalisierten und diskriminierten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.“ (CISOMM, 2010) Die „National Association of Non-Governmental Organisations“ (NANGO), der Dachverband der simbabwischen NGOs, unterstreicht in seinem Führungsleitfaden, dass zu den „allgemeinen NGO Führungsgrundsätzen [folgende Prinzipien, R.N.] Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und gemeinnütziges, freiwilliges Handeln zum Wohle der Öffentlichkeit“ gehören. Der Mehrheit von uns Afrikanern ist somit grundsätzlich klar, was zivilgesellschaftliche Organisationen (Civil Society Organisations – CSOs) sind.

Es sind vielmehr unsere politischen Führer und unsere Regierungen im speziellen, die es vorziehen, sich in irreführende Paranoia über unseren Auftrag zu verfangen. Wir hingegen sehen unsere Hauptaufgabe jedoch darin, die durch die Ineffizienz der nationalen Regierungsführung entstandene Krise abzumildern.

Die Mehrheit der afrikanischen Regierungen besitzt eine natürliche Tendenz zur Vetternwirtschaft und zu einem chronisch autoritären Regierungsstil. In ihrem vordergründigen Streben Parteiinteressen und schlimmstenfalls persönliche Ansprüche zu befriedigen, betreiben diese selbstgerechten Regime gezielte Misswirtschaft, verletzen Menschenrechte und missachten mit einer anmaßenden Straflosigkeit jegliche rechtsstaatliche Prinzipien. Das Nettoergebnis dieses Regierungsstils ist bittere Armut, massive Arbeitslosigkeit, eine Reihe gravierender Krankheiten und letztendlich eine weit verbreitete Unzufriedenheit. Seitdem wir Bürger die volle Last dieses Übels zu tragen haben, organisieren wir uns in kleinen sektoralen Gruppen, um das Fehlverhalten der Regierung abzumildern. Aus diesem Grund neigt die simbabwische Zivilgesellschaft dazu, sich um wirtschaftliche, politische, demokratische, humanitäre sowie religiöse Rechtsfragen zu vereinigen.

Die Defizite der Regierungen führten generell zu einer Abwehrhaltung bei den nationalen Führern. Die Politiker nehmen zivilgesellschaftliches Engagement daher als politische Einmischung wahr oder, wie im Fall Simbabwes, als geplante Regimesturz. Nichtstaatliche, humanitäre Arbeit wird lediglich geduldet, wenn sie mit den soziopolitischen Zielen der Regierung übereinstimmt. Tätigkeiten in Bereichen der Menschenrechte, Wahlen, Demokratisierung oder Rechenschaftspflicht werden dagegen als „illegaler“ Regimewechsel dargestellt. Auf dem afrikanischen Kontinent existieren nur wenige Beispiele, die nicht dieser „Regel“ entsprechen. Zu nennen sind Algerien, Botsuana, Côte d'Ivoire, Ghana, Kenia, Malawi, Mauritius, Mosambik,



CSO-Mitglieder bei einer Strategiebesprechung in Harare

Namibia, Nigeria, Sambia, die Seychellen oder Südafrika. In den meisten anderen afrikanischen Ländern, in denen die demokratische Regierungsführung sehr schwach ist, vor allem in Ägypten, Angola, Äthiopien, Eritrea, Marokko, Ruanda, Simbabwe, Somalia, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik, herrscht eine weit verbreitete Furcht vor CSOs, die zu einer regelrechten Paranoia führt.

3. „Erfolg“ und „Einfluss“ von Zivilgesellschaft – Positivbeispiele aktiver Partizipation

Kontinentale Perspektive

Diejenigen afrikanischen Staaten, die als „konstitutionelle Demokratien“ regiert werden, besitzen spezifische verfassungsrechtliche Bestimmungen, die die Beziehung von Staat und Zivilgesellschaft regeln. So legt Abschnitt 231 der ghanaischen Verfassung fest, dass „das Parlament innerhalb von sechs Wochen nach seiner ersten parlamentarischen Zusammenkunft, nachdem die Verfassung in Kraft getreten ist, eine nationale Kommission für staatsbürgerliche Bildung, [...], schaffen muss.“ In Südafrika ist die Arbeit von CSOs gemäß Abschnitt 18 im Rahmen der „Vereinigungsfreiheit“ gestattet. Grundsätzlich ist dies auch in Simbabwe der Fall, aber dieses Recht unterliegt bestimmter Einschränkungen.

Einer der „sichtbarsten“ Erfolge zivilgesellschaftlichen Engagements ist das nordafrikanische Phänomen, das allgemein als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wird. Einige mögen zu Recht argumentieren, dass die Ergebnisse in Ägypten, Tunesien und Libyen keine idealen Erfolgsgeschichten sind. Mein Argument stützt sich jedoch auf die Annahme, dass es keine „spontanen Aufstände“ gibt. Die nordafrikanische Zivilgesellschaft spielte vielmehr eine entscheidende Rolle in der Planung, der Verbreitung und der Aufrechterhaltung der Massenproteste, bis hin zu einem Niveau, an dem selbst die internationale Gemeinschaft – wie im Falle Libyens – zum Schutz der Massenbewegung militärisch intervenierte. Dies ist der Inbegriff für zivilgesellschaftliches Selbstvertrauen in Afrika.

Die Wiederherstellung der zivilen Ordnung in Nigeria und Ghana und die anschließende Überwachung der dortigen Politik und ihrer Wahlen zeigen, dass die Regierungen beider Länder aufmerksam gegenüber den Forderungen der Gesellschaft geblieben sind. Im demokratischen Teil Westafrikas existieren tausende politische und wirtschaftliche CSOs, die ein dauerhaft wachsames Auge auf die Arbeit ihrer Regierungen legen. Einige von ihnen – wie IMANI in Ghana – haben gegen ihre eigene Regierung zahlreiche Geschütze aufgefahren, um die Debatte über eine gerechte Ressourcenverteilung aufrecht zu erhalten.

Regionale Perspektive

Im Jahre 1998 gründeten die nationalen NGO Dachverbände des südlichen Afrikas den „Southern African Development Community Council of Non Governmental Organisations“ (SADC-CNGO). Die Aufgabe dieses Rates ist es, die Maßnahmen der verschiedenen Mitglieder zu koordinieren und regionale Kooperationen zu fördern. Die Gründungsmitglieder erklärten: „Als Zivilgesellschaft verstehen wir uns selbst als wichtige Partner im regionalen Bemühen, eine verantwortliche, integrative und transparente Regierungsführung voranzutreiben, [...] um die Entwicklung von angemessenen Strategien sicherzustellen, die gute Regierungsführung und eine intensivere regionale Wirtschaftsintegration zu fördern und die Armut zu beseitigen.“ Während den nationalen Dachorganisationen die Aufgabe zukommt, die nationalen Aktivitäten zu koordinieren, überwacht der „SADC-CNGO“ das generelle Verhältnis zwischen den einzelnen SADC-Mitgliedsstaaten und den Zivilgesellschaften, „um im Bezug auf Regierungsfragen [„governance issues“] eine nachhaltige Wirkung in der Region zu erzielen“. Im Fall der umstrittenen simbabwischen Wahlen von 2008 veranstaltete der „SADC-CNGO“ einen Solidaritäts-Workshop, um den Einfluss von CSOs auf die Bildung demokratischer Regierungskoalitionen zu stärken. Während der Wahlen in Simbabwe im Jahr 2013 gehörte „SADC-CNGO“ dem Wahlbeobachterteam an, das den berüchtigten „61 Prozent Erdrutschsieg“ von Präsident Robert Mugabe heftig kritisierte.

Mängel in der Nahrungsmittelproduktion und negative Auswirkungen von Arbeitslosigkeit in SADC-Mitgliedstaaten werden vom „SADC Regional Poverty Observatory“ überwacht. Gleichzeitig unterstützt die Beobachtungsstelle die Schaffung politischer Rahmenbedingungen und fördert Konsultationen und Dialoge. SADCs jährlich stattfindende zivilgesellschaftliche Diskussionsrunden fallen zudem mit dem Gipfeltreffen der SADC-Staatschefs zusammen. Dies dient hauptsächlich der Lobbyarbeit für lokale und regionale Übereinkünfte in den Bereichen Handel, Bildung, Gesundheit, Regierung und Arbeit.

Eine weitere charakteristische Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist das südafrikanische „AfriForum“. Die Organisation arbeitet eng mit der „Mike Campbell Foundation“ zusammen, um Gerechtigkeit für die zwangsenteigneten weißen Farmer in Simbabwe zu erkämpfen. Zudem fordern sie die Wiedereinsetzung des SADC Tribunals, das über Entschädigungszahlungen für die Opfer zu entscheiden hat. Es waren diese regionalen CSOs, die die simbabwische Regierung als erste für die massive Beschneidung privater Eigentumsrechte kritisierten.

Lokale, simbabwische Perspektive

Aus der Sicht von „NANGO“ bestehen die Einflussmöglichkeiten von CSOs im dreistufigen Zyklus von staatlichen Sozialleistungen, der generellen Entwicklung sowie der Anwaltschaft. Die erste Generation der simbabwischen CSOs bestand aus religiösen Institutionen, die eine Reduzierung der Armut anvisierte. Nach der Unabhängigkeit von 1980 „bestand die anfängliche Aufgabe von NGOs darin, die Bemühungen der neuen schwarzen Mehrheitsregierung bezüglich des Wiederaufbaus und der Versöhnung des Landes auf seinem Weg aus dem Krieg zu unterstützen und zu ergänzen.“ (NANGO-Unternehmenshandbuch) In den 1990er Jahren und der Folgezeit wurde der unabhängige Staat Simbabwe in die Weltgemeinschaft aufgenommen. Mit „dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung seit der Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich jedoch eine neue Gruppe nichtstaatlicher Organisationen, die sich zunehmend mit der politischen Lobbyarbeit befasste.“ (NANGO-Unternehmenshandbuch) Um die nationalen Entwicklungsziele zu verwirklichen, übernahm „NANGO“ die aktive Koordinierung zwischen und innerhalb der verschiedenen NGOs und förderte die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor.

In Simbabwe „verschlechterte sich die sozioökonomische Lage durch die zunehmende Unfähigkeit der Regierung, soziale Dienstleistungen bereitzustellen, den Anstieg von Korruption innerhalb der Regierung in Verbindung mit einem steigenden Maß an Repression sowie das Scheitern und der damit einhergehenden le sozialen Kosten der Wirtschaftsreformen. Diese Faktoren waren nur einige unter vielen, die zur Neugründung einer Reihe meist politisch ausgerichteter NGOs führten. Letztere zwangen die Regierung und die etablierten Interessengruppen zurück in die politische Auseinandersetzung und machten die Gewerkschaften zum Rückgrat ihrer neu geformten Oppositionsbewegung.“ (nach Mair und Sithole, Konrad Adenauer Stiftung, 2002)

Simbabwische CSOs entwickelten zudem die Fähigkeit, sich in Netzwerken und Partnerschaften zusammenzuschließen. Das Wesen dieser Verbindungen liegt dabei in ihrem Potential, Synergien herzustellen und aufrechtzuerhalten, doppelte Strukturen zu vermeiden und einen Lerneffekt untereinander in Gang zu setzen. [...] Sie erleichtern die Harmonisierung der Mitglieder und besitzen das Potential, die Bedeutung und Wirkung von eingeleiteten Maßnahmen zu steigern (NANGO, 2006). Einige der bekannteren Netzwerke, die versucht haben, das autokratische Regime Robert Mugabes unter lokaler, regionaler und internationaler Kontrolle zu halten, sind die „Crisis Coalition“, das „NGO Forum“ und die „Christian Alliance of Zimbabwe“. Das „Zimbabwe AIDS Network“ spielte dagegen eine bedeutende Rolle in der Minderung der kräftezehrenden Folgen von HIV/Aids, während sich die „Women’s Coalition“ für die Einführung einer geschlechtsspezifischen Gesetzgebung, wie zum Beispiel für das Gesetz gegen häusliche Gewalt, starkmachte.

3.1 Beispiele erfolgreicher zivilgesellschaftlicher Teilnahme

In den 1980er Jahren waren die „Legal Resources Foundation“ und die „Catholic Commission for Justice and Peace“ (CCJP-Zimbabwe) maßgeblich dafür verantwortlich, dass Präsident Robert Mugabe für die Aufwiegelung zum Gukurahundi Genozid im Matabeleland im südlichen Simbabwe regional und international geächtet wurde. Die Veröffentlichung ihres Berichts „Breaking the Silence, Building True Peace“ „forderte von den Herausgebern Mut, Tapferkeit und Entschlossenheit. Trotz ihrer Bemühungen sind die geschehenen Gräueltaten offiziell noch immer nicht anerkannt und somit ungesühnt.“ (NGO Forum, 2010)

Im Jahr 2000 hetzte Präsident Mugabe seine sogenannten „Veteranen des Freiheitskampfes“ auf rund 400.000 weiße Simbabwer, um ihren überwiegend landwirtschaftlichen Besitz zu enteignen. Tausende Menschen wurden obdachlos, während fast eine Million Farmbediensteter vertrieben und der Verarmung preisgegeben wurden. Seitdem engagieren sich CSOs für die Wiederherstellung der Rechte der Farmer und der Landarbeiter.

Gründung der MDC im Jahr 1999

Einer der bedeutendsten „Interventionen“ in die zivil-staatlichen Beziehungen war die Rolle, die der „National Constitutional Assembly“ (NCA), einige religiöse Organisationen und die Gewerkschaften bei der Beseitigung des politischen Machtmonopols der regierenden „Zimbabwe African National Union – Patriotic Front“ (ZANU-PF) mit der Gründung des „Movement for Democratic Change“ (MDC) im Jahr 1999 spielten. In vielerlei Hinsicht war dies der Beginn einer Abneigung staatlicherseits, die gegenseitiges Misstrauen zwischen den mehrheitlich demokratisch orientierten CSOs und der Regierung säte. Der „Zustand der politischen Angst“ hat die Schikanen und Schummeleien der ZANU-PF im öffentlichen Bewusstsein gehalten und auf seine Art die Rechenschaftspflicht der Regierung verstärkt.

Paria-Status bestätigt

Im Verlauf des gesamten simbabwischen „Jahrzehnts der Demokratisierung“ (2000–2010) haben CSOs ein wachsames Auge auf die Wahlprozesse gelegt, Reformen angemahnt und Präsident Mugabe wegen Rechtsmissbrauch und Gewalt im Rahmen der Wahlen getadelt. Nach der Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen zur Beschränkung des Handlungsspielraums der CSOs wurden einige Organisationen geschlossen und Dutzende ihrer Führungskräfte inhaftiert, verschleppt, gefoltert oder ins Exil gezwun-



gen. Die Stichwahl um das Präsidentenamt im Juni 2008 forderte nicht weniger als 200 Tote, die Zerstörung von 2.000 Häusern und mehr als eine Millionen Binnenflüchtlinge oder externe Vertriebene. CSOs taten alles erdenkliche, um diesem Blutbad ein Ende zu setzen. Trotz aller Widerstände, hielten sie das Gewicht ihrer Überwachungsrolle aufrecht und „zwangen“ die SADC dazu, Präsident Mugabe am 15. September 2008 in eine Regierung der Nationalen Einheit („Government of National Unity“ – GNU) zu drängen und den Prozess einer Verfassungsreform einzuleiten (COPAC, 2009–2013). Die USA und die Europäische Union leisteten „moralischen Beistand“, indem sie Mugabe und seine Kumpanen mit Reise- und Handels- „Sanktionen“ belegten. Mugabes Antwort bestand in der Verfolgung von CSOs und der vergeblichen Geißelung des „Westens“. Das Urteil über den gescheiterten Paria-Staat war bereits gefällt.

Im Juli 2003 veranstaltete die „*Crisis in Zimbabwe Coalition*“ eine Konferenz in Harare unter dem Titel „*Dialogue and Transition Conference*“. An den Diskussionen nahmen 175 Führungskräfte der Zivilgesellschaft teil, die entschlossen waren, die vielschichtige Krise in Simbabwe zu überwinden und den Dialog als Notwendigkeit erachteten. Im selben Jahr nahmen 70 zivilgesellschaftliche Organisationen an einem Symposium mit dem Titel „*Civil Society and Justice in Zimbabwe*“ teil, um „eigene Positionen zu entwickeln, wie sich die Missstände unter Nutzung nationaler wie internationaler rechtlicher und institutioneller Mechanismen beseitigen ließen.“ (NGO Forum, 2010)

Im Jahr 2005 „begannen viele nichtstaatliche Organisationen (NGOs) und Kirchen auf unterschiedliche Weise, die schwere und unmenschliche Krise zu lindern“, die durch die Aktion „Murambatsvina“ [zu Deutsch etwa Müllbeseitigung, R.N.] ausgelöst wurde. Operation „Murambatsvina“ war eine staatlich verordnete „Aufräum-Aktion“, um Simbabwe von illegalen Landbesetzern zu befreien. Fast eine Million Stadtbewohner wurden obdachlos und ihrer elementaren Lebensgrundlagen beraubt. Der Operation folgten eine globale Empörung und die Verurteilung durch die Vereinten Nationen. Der Zusammenbruch der einheimischen Währung, des Simbabwe Dollars, hatte zur Folge, dass seit 2008 nahezu alle Entwicklungsgelder durch NGOs flossen, da „die Gebergemeinschaft von der schnell schwindenden Glaubwürdigkeit der simbabwischen Regierung desillusioniert wurde [...].“

Die „*Women’s Coalition*“ und die ihr nahestehende Gruppen bildeten die Spießspitze bei der Lobbyarbeit für die Verabschiedung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt. Das Gesetz kriminalisiert den Missbrauch von Frauen und Mädchen und wurde in die Verfassung aufgenommen. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das von Betty Makoni gegründete „*Girl Child Network*“.

Am 25. Februar 2009 schlossen sich verschiedene CSOs zum „Civil Society Monitoring Mechanism“ (CISOMM) zusammen, um die Umsetzung des „Global Political Agreement“ (GPA) zwischen der ZANU-PF und den Oppositionsparteien zu überwachen und zu bewerten. Hauptaugenmerkt sollten die Verfassungsreform, Menschenrechte sowie das generelle Arbeitsumfeld; die Reform der Legislative, humanitäre und Nahrungsmittelhilfe; Reform der Medien und die wirtschaftliche Erholung sein. Im Jahr 2007 legte die simbabwische Zivilgesellschaft ein „Gelbbuch“ vor, das in jegliche Verhandlungen über die Bewältigung der simbabwischen Krise einfließen sollte. Es ist jedoch unklar, ob die Regierung den im „Gelbbuch“ gestellten „Forderungen“ nachgekommen ist.

Das „NGO Forum“ rief 2009 die Initiative „Taking Transitional Justice to the People“ ins Leben, aus dem der Leitfaden „A People’s Guide to Transitional Justice“ hervorging. Letzteres ist „eine einfache, leicht verständliche Broschüre, die Gemeinschaften helfen soll, die Konzepte und Mechanismen länderübergreifender Gerechtigkeit zu diskutieren.“ Das Programm „rückt die Überlebenden der politischen Gewalt in den Mittelpunkt jeder Debatte [...]“.

Im gleichen Jahr veröffentlichte das „Church and Civil Society Forum“ (CCSF) ein Papier unter dem Titel „Initial National Healing Discussion Paper“, dass „die Rahmenbildung für einen nationalen Heilungs- und Versöhnungsprozess unterstützen [...]“ sollte. Das Papier legt dar, wie „Beratungen eine Konfliktkarte, basierend auf einer Beschreibung von Konflikten, die sich im ganzen Land, an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten und unterschiedlichen Umständen ausgebreitet hatten, produzierten.“ Konflikte in Simbabwe waren „ein tief verwurzeltes Problem einer systembedingten Einflussnahme [...] gekennzeichnet als Wahl-, Regierungs-, Rechts- und Sicherheitssysteme.“

3.2 Weitere konkrete Beispiele für die erfolgreiche zivilgesellschaftliche Neutralisierung der staatspolitischen Vorherrschaft

Verfassungsreform, Reichweite und Forschung

Im Rahmen der simbabwischen Verfassungsreform fiel der NCA eine Schlüsselrolle zu, die bis in das Jahr 1997 zurückreicht. Zwischen 2009 und 2013 machte sich das „Constitutional Parliamentary Committee“ (COPAC) und verschiedene CSOs daran, eine neue, vom Volk bestimmte Verfassung zu entwerfen. Die NCA und die angegliederten Gewerkschaften boykottierten den Prozess jedoch. Obwohl COPAC alles versuchte, um die Zivilgesellschaft in sein „Outreach“-Programm einzubinden, ließ Mugabes ZANU-PF regelmäßig skrupellose Schlägertrupps auffahren, um die Veranstaltungen zu stören und die zivilgesellschaftlichen Beobachter einzuschüchtern. COPAC konsultierte auch das kenianische „Committee of Experts“ (CoE), das im eigenen Land

erfolgreich zur Verfassungsreform beigetragen hatte, nachdem es 2007 im Anschluss der Präsidentschaftswahlen zu weithin verurteilten Ausschreitungen gekommen war.

Die beiden Organisationen „Research and Advocacy Unit“ (RAU) und „Veritas“ sind für ihre Verfassungs- und Gesetzesanalysen bekannt, die darauf abzielen, Gesetzesverstöße zu verhindern. Beide erstellen seit Jahren quantitative Analysen über die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen, die von anderen CSOs genutzt werden, um das politische Klima zu beurteilen.

Verschuldung

Simbabwes zwanzig Jahre altes Haushaltsdefizit und sein zehn Milliarden US-Dollar Schuldenberg bei den Breton-Woods-Institutionen haben die Armut- und Arbeitslosenquoten auf weit über 80 Prozent gehoben. Simbabwes schlechter Schuldenstand wird von der „Zimbabwe Coalition on Debt and Development“ (ZIMCODD) überwacht, die regelmäßig lokalen, regionalen und kontinentalen CSO-Gruppen Bericht erstattet.

Wahlen

Seit der Gründung der Oppositionspartei MDC im Jahre 1999 sind die meisten, wenn nicht alle, Wahlgesetzgebungen, -verfahren und -ergebnisse entweder von Gewalt überschattet oder angefochten worden. Schon immer ist die staatliche „Wahlstrafffreiheit“ vom „Electoral Institute of Southern Africa“ (EISA), dem „Zimbabwe Election Support Network“ (ZESN) und jüngst vom „Elections Resource Centre“ (ERC) beanstandet worden.



Opfer des simbabwischen Völkermords der 1980er Jahre

Mugabes Missbrauch seiner Präsidialmacht sowie des obersten Wahlregistrators (Registrar General) und der simbabwischen Wahlkommission [ZEC] haben die permanente Anwesenheit zivilgesellschaftlicher Wahlgremien unverzichtbar gemacht. Das ZESN stellt bei Wahlen regelmäßig an die 20.000 Beobachter und tritt mit Nachdruck für die Umsetzung der regionalen, kontinentalen und internationalen Wahlprotokolle ein. Die Regierung ist hiervon jedoch wenig beunruhigt und bis heute haben sich alle Oppositionsparteien und alle CSOs geweigert, Mugabes angeblichen „überwältigenden Wahlsieg vom Juli 2013“ anzuerkennen.

Mehrgleisige Friedensförderung

Simbabwes instabiles politisches Umfeld steht im unmittelbaren Zusammenhang mit seiner konfliktreichen Geschichte nach der Unabhängigkeit. Die Rolle, die die CCJP bei der Aufdeckung staatlich geförderter Gewalt in den 1980er Jahren spielte, wurde bereits erwähnt. Das „Jahrzehnt des staatlichen

Niedergangs“ (2000-2013) hat CSOs wie das „Zimbabwe Peace Project“ (ZPP), „Zimbabwe Civic Education Trust“ (Zimcet) und „Civic Network“ (Civnet) hervorgebracht, die energisch für Frieden eintreten. Einige Wissenschaftler sind der Auffassung, dass Simbabwe ohne die strategische Einmischung solcher zivilgesellschaftlicher Organisationen in einen unlösbaren Bürgerkrieg geglitten wäre. Seit 2005 ist das „Zimbabwe Peace Project“ entscheidend bei der Identifizierung, der Überprüfung, der Dokumentierung und der Verbreitung von Informationen über Opfer und Täter politischer Gewalt beteiligt. Als 2009 die Direktorin von ZPP, Jestina Mukoko, von den Schergen Robert Mugabes entführt und für einige Wochen „versteckt“ gehalten wurde, lenkte dies die weltweite Aufmerksamkeit auf die Verstöße in Simbabwe. Mukoko entkam dem Tod nur um Haarsbreite.

Angesichts des unstillbaren Verlangens der ZANU-PF nach „Sicherheitsunterstützung“ hätte die Verbreitung von Kleinwaffen wohl zu „somalischen Verhältnissen“ in Simbabwe geführt. Heutzutage anerkennen die meisten Bürger die alleinige Bedeutung von Frieden – auch ohne Aussöhnung.

Zugang zu Gerechtigkeit, politischen Rechten und Menschenrechten

Die staatliche „Einparteien-Mentalität“ hat zur Folge, dass Robert Mugabes herrschende ZANU-PF Fragen der Gerechtigkeit unter der Prämisse ihres politischen Überlebens betrachtet. Trotz eindeutiger richterlicher und verfassungsrechtlicher Bestimmungen, haben die Bürger Simbabwes, wenn überhaupt, nur einen geringen, qualitativen Zugang zu Gerechtigkeit. Parteipolitische Urteile, Vetternwirtschaft, selektive Anwendung von Gesetzen und Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien haben das Mandat von CSOs, zu denen „Justice for Children Trust“ (JCT), „Legal Resources Foundation“ (LRF), „Zimbabwe Lawyers for Human Rights“ (ZHLR) und die „Law Society of Zimbabwe“ zählen, erheblich gestärkt. Ihre zahlreichen Förderprogramme (Outreach-Programme), Publikationen und Verteidigungen vor Gericht, trugen bedeutsam zur Verlangsamung der staatlichen Straffreiheit bei. Gleichzeitig bilden NGOs wie die „Zimbabwe Human Rights Association“ (ZimRights), das „NGO Forum“, „Lawyers for Human Rights“ (Swasiland), „Christian Alliance Zimbabwe“ (CAZ), „Zimbabwe Association of Doctors for Human Rights“ und die unbändige Organisation „Gays and Lesbians of Zimbabwe“ (GALZ) die Vorhut im Kampf für politische, wirtschaftliche, soziale, geschlechtsspezifische und Menschenrechte. Gerade im Bezug auf Menschenrechte ist die Verfassung Simbabwes ambivalent. Beispielsweise wurde Farai Maguwu vom „Centre for Research and Development“ aufgrund seiner Kampagne gegen die Menschenrechtsverletzungen in den Diamantenfeldern in Chiadzwa im Osten Simbabwes verhaftet. Die „Counselling Services Unit“ (CSU) und die „Zimbabwe Association of Doctors for Human Rights“ bieten den Opfern solch staatlich geförderter, politischer Gewalt geheimen Unterschlupf [„safe houses“] und medizinische Versorgung.

Die „Crisis Coalition of Zimbabwe“, die „Bulawayo Agenda“, „SAPES Trust“, „Transparency International Zimbabwe“, „NANGO“ und „Zimbabwe Democracy Development Trust“ verfolgen zudem aufmerksam die Qualität der nationalen Regierungsführung. CSOs wie die „Chitungwiza/Harare Residents Associations“, „Bulawayo Progressive Residents Association“, „Harare Residents Trust“ und die „Urban Councils Association of Zimbabwe“ stehen dafür ein, dass der Staat seiner Pflicht nachkommt und eine Bürgerbeteiligung an der lokalen Regierungsführung ermöglicht und unterstützt. Simbabwe zeichnet sich überdies durch eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen aus, die sich für eine jugendfreundliche nationale Politik einsetzen. „Youth Empowerment Trust“, „National Youth Development Trust“, „Zimbabwe National Association of Student Unions“ und „Students Solidarity Trust“ sind nur einige der CSOs, die mit Nachdruck auf die Wählerregistrierung, eine Verfassungsreform und eine parlamentarischen Vertretung drängten.

Im Jahr 2010 arbeitete die GNU durch ihre Institution „Organ for National Healing, Reconciliation and Integration“ (ONHRI) zusammen „mit der National Association of Non-Governmental Organisations (NANGO), um die Ansichten kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Fragen der nationalen Aussöhnung einzufangen.“ (CCSF, 2010) Das 2012 hierdurch erschienene „Civil Society Constitutional Compendium“ ist eine Zusammenfassung von dreizehn Themenblöcken, die die Schlüsselforderungen der CNOs bezüglich der Verfassungsreform beinhalten. Angaben des damaligen Vorsitzenden von NANGO zufolge, enthalte der Leitfaden drei Ansätze: Einhaltung der eigenen Verpflichtungen, kritische Hinterfragung und eine Mischung aus beiden Punkten.

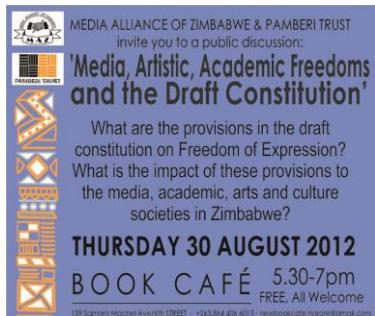
Von besonderer Bedeutung war für mich der Block „Regierungsführung und Demokratie“. Hierunter fielen Schlüsselforderungen wie die Kommunikation zwischen CSOs und der COPAC sowie die Mobilisierung einer „No Vote“ Kampagne für das 2013 anstehende Verfassungsreferendum, falls die Beteiligten NCOs den Eindruck erhielten, dass der [Verfassungs-]Reformprozess manipuliert worden sei. Zusätzlich beinhaltete der Themenblock die Stärkung der zivilen Bildung und die Fürsprache für die Reform des Sicherheitssektors.

Frauenrechte und Partizipation

Simbabwe weist einen der aktivsten und effektivsten Frauenrechtssektoren auf dem afrikanischen Kontinent auf. Bisher haben wir zwar nicht das von der Afrikanischen Union postulierte 50-50 Verteilungsmodell erreicht, aber das Land ist auf einem guten Weg. Die „Zimbabwe Women Lawyers Association“, „Zimbabwe Women Resource Centre“, „Woman of Zimbabwe Arise“, „Women in Politics Support Unit“, die „Women’s Coalition“ und die von der Konrad Adenauer Stiftung geförderte „Self Help Development Foundation“ (SHDF) waren

richtungsweisend, um gegenüber der Regierung die Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Frauenrechte einzufordern. Ihre Kampagnen, Publikationen und Aktionen mündeten in der Aufnahme von Frauenrechten in der Verfassung. Letztendlich hat die „neue“ ZANU-PF Regierung durch ihr Männerdominiertes Kabinett jedoch zur völligen Umkehrung der bisher positiven Entwicklung geführt.

Medienfreiheit



Öffentliche CSO-Veranstaltungen in Harare

Die in den afrikanischen Regierungen zu beobachtende Tendenz zu einer Politik des eigenen Überlebens hat zur Folge, dass die regierenden Parteien, vor allem jene mit einem nationalistischen Hintergrund, misstrauisch gegenüber der Medienfreiheit sind. In Simbabwe schützt sich die Regierung durch ein Geflecht aus Mediengesetzen und Regularien, die eine mediale Vielfalt und Differenziertheit unterbinden. Aus diesem Grund treten die simbabwische CSOs energisch für die Beseitigung des faschistisch anmutenden Medienmonopols ein. Das „Media Monitoring Project of Zimbabwe“ (MMPZ), „Media Institute of Southern Africa“ (MISA), „Zimbabwe Union of Journalists“ (ZUJ), „Media Alliance of Zimbabwe“ (MAZ), „Zimbabwe Editors Forum“, „Voluntary Media Council of Zimbabwe“ und das „Media Centre“ bilden die Vorhut, um die negativen Auswirkungen des staatlichen Mediemonopols zu reduzieren. Im Jahr 2002 erwirkte die „Legal Resources Foundation“ (LRF) einen erfolgreichen Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs, der das Medienmonopol der staatlichen „Zimbabwe Broadcasting Corporation“ als verfassungswidrig beurteilte. Bis heute erhielten jedoch nur zwei „teilautonome“ Radiosender eine Arbeitslizenz, während die restlichen Sender nach wie vor als „Piratenstationen“ aus den simbabwischen Nachbarländern senden müssen.

Die Organisation „MISA-Zimbabwe“ gibt regelmäßig Warnmeldungen über die Verhaftung oder die Belästigung von Journalisten heraus, die auf Grundlage der berüchtigten „Access to Information and Protection of Privacy Act“ (AIPPA), dem „Public Order and Security Act“ (POSA) sowie dem „Criminal Law [Codification and Reform] Act“ vollzogen werden. Alle drei Gesetze, die zur Einschränkung der Pressefreiheit dienen, bestehen trotz der verfassungsrechtlich garantierten Informationsfreiheit und der festgeschriebenen Unabhängigkeit der Medien. MMPZ hat bereits eine Fülle an Dokumenten veröffentlicht und gibt einen monatlichen Bericht heraus, der die überwiegend Mugabe nahestehenden öffentlichen Medien überwacht. Die Organisation fordert somit die Medienvielfalt, die Meinungsfreiheit und das Recht auf objektive Berichterstattung.

Eigentumsrechte und Ernährungssicherheit

Wie bereits erwähnt wurde, war die von Präsident Mugabe vollzogene „Landreform“ - ein Euphemismus für die Enteignung kommerzieller Farmen im Besitz von weißen Simbabwern - eine menschenrechtliche Katastrophe globalen Ausmaßes. Neben der Vertreibung von Millionen von Bürgern mündete sie zusätzlich zu den vom „Westen“ auferlegten Sanktionen, in einer großflächigen Nahrungsmittelknappheit und einer Nahrungsmittelunsicherheit. CSOs wie „Justice for Agriculture“, „Commercial Farmers' Union“, „General Agriculture and Plantation Workers Union of Zimbabwe“ (GAPWUZ) und das „FEWS NET“ übten Druck auf die Regierung aus, ihr Handeln zu rechtfertigen und die leidtragenden Opfer zu entschädigen.

Sogar der Artikel XVI des Global Political Agreement über „humanitäre und Nahrungsmittelhilfe“ gibt nichtstaatlichen Organisationen das Recht, „ohne Diskriminierung“ Maßnahmen zu ergreifen, jedoch müssen sich diese „innerhalb der Grenzen des simbabwischen Rechts“ bewegen. Gertrude Hambira, die Generalsekretärin von GAPWUZ, wirkte an der Produktion des Dokumentarfilms „The House of Justice“ und dem Bericht „If Something is Wrong“ mit. Fast schon zwangsläufig wurde sie durch die Staatspolizei ins Exil gezwungen.

In den Bereichen Abwasser- und Sanitärversorgung, HIV/Aids sowie Ernährung arbeitet das „Zimbabwe AIDS Network“ eng mit der Regierung, dem Global Fund der Vereinten Nationen und anderen CSOs zusammen, um die Folgen von Epidemien abzumildern. Die Infektionsraten mit gefährlichen Krankheiten sind daraufhin deutlich gesunken.

Wie in den meisten Ländern mit einer hohen Mobilfunkdichte sind sowohl registrierte als auch nicht registrierte CSOs stark in sozialen Netzwerken aktiv. In Simbabwe sind „Kubatana“ und „Zvakwana“ die Vorreiter der sogenannten „Clicktivity“, die den Staat bezüglich der Bereitstellung politischer, sozialer und ökonomischen Leistungen unter Druck setzen.

3.2 Zivilgesellschaftliche „Misserfolge“ und Praxisprobleme

Es ist die Hauptaufgabe der Zivilgesellschaft die Missstände der zusammengebrochenen nationalen Regierung zu verbessern. Aus diesem Grund fällt es nicht schwer, eine Fülle an Fehlschlägen in diesem Bereich aufzuzählen. Die Fehler gehen dabei größtenteils auf betriebliche, gesetzliche und administrative Hindernisse zurück, die den CSOs von der Regierung des „Gastlandes“ auferlegt werden. Zu den Herausforderungen der CSOs gesellen sich darüber hinaus eine teils schlechte strategische Vorbereitung und Umsetzung der Organisationen selbst, eine Aura der Unentbehrllichkeit, die Abschöpfung von CSO Schlüsselpersönlichkeiten in die politischen Strukturen und eine unzureichende Unternehmensführung. Wie bereits erwähnt, engte die nationalisti-



sche Regierung nach der Unabhängigkeit den Handlungsspielraum von demokratischen und regierungsbezogenen CSOs gezielt zu Gunsten derjenigen Organisationen ein, die im humanitären, sozialen oder dem Gesundheitssektor engagiert waren. In Simbabwe verunglimpft Mugabe die CSOs wiederholt und systematisch als vom „Westen gestützte Agenten für einen Regimesturz.“ Dies mündet in der Bedrohung und Misshandlung von Mitarbeitern CSOs in ländlichen Gegenden und den Basislagern der ZANU-PF Anhänger.

Mugabe im Wahlkampf
2013

4. Wo die Zivilgesellschaft Restriktionen erleiden musste

Laut Angaben der „SADC-CNGO“ werden die Zivilgesellschaften des südlichen Afrikas durch die Regulierung und Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie dem gegenseitigen Misstrauen gegenüber den herrschenden Parteien belastet. Gleichzeitig wird das Potential der bürgerlichen Aktionsgruppen durch einen Mangel an Ressourcen und fehlende Fachkenntnissen gebremst. Lesotho, Swasiland, die Demokratische Republik Kongo und Simbabwe bleiben nach wie vor Schandflecken im Bemühen für eine zivilgesellschaftliche Bürgerbeteiligung in der SADC-Region.

Auswertungen von Dokumentationen zum Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft offenbaren ein alarmierendes Detail: In Simbabwe sind die staatlichen Institutionen die größten und offenkundigsten Täter bezüglich sozialer, ökonomischer, menschlicher, politischer und individueller Rechtsvergehen (ZPP-Strategieplan 2007–2009). Beispielsweise wurde 2007 der Marsch der „Christian Alliance of Zimbabwe“, als Höhepunkt ihrer „Save Zimbabwe Campaign“, gewaltsam unterdrückt: Es kam zu 100 Festnahmen und einem Todesfall. Die brutale Misshandlung des MDC-T Führers Morgan Tsvangirai durch die Polizei gab der SADC dagegen den erforderlichen Anlass Thabo Mbeki als Vermittler für ein „Global Political Agreement“ (GPA) zu ernennen. Die meisten CSOs waren jedoch von den GPA-Verhandlungen im Jahr 2008 ausgeschlossen und ihre Beteiligung an der Verfassungsreform der COPAC allenfalls rudimentär.

Weil die Regierung die irrwitzige Vorstellung hat, dass CSOs „Konterrevolutionäre“ seien, hat sich der ZANU-PF Gouverneur in der Provinz Masvingo dafür ausgesprochen, 30 Organisationen die offizielle Registrierung zu entziehen. Um die Einstiegshürde möglichst hoch zu legen, wurde den Initiativen ein ratifizierter Vorvertrag als Bedingung für ihre Arbeitserlaubnis auferlegt. Der „Broadcast Act“, der „Access to Information and Protection of Privacy Act“ und die „Zimbabwe Media Commission“, dienen einzig dazu, den Medien-CSOs das Leben unerträglich zu machen.

Konstitutionalismus – ein Trugschluss

Die meisten Verfassungen in Afrika, selbst diejenige in Simbabwe, sehen starke Institutionen vor, um die Demokratie im Land zu stärken. Letztendlich ist dies jedoch nur ein Euphemismus für das Eingreifen der Zivilgesellschaft. Aus diesem Grund bleibt eine Bewertung des Erfolgs oder Misserfolgs von CSOs unvollständig, solange die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Garantien unberücksichtigt bleibt. Der Widerspruch zwischen bloßen Lippenbekenntnissen und echtem Konstitutionalismus sowie dem raffgierigen Populismus der herrschenden afrikanischen Parteien manifestiert sich im Angriff auf diese unabhängigen Einrichtungen. Während Simbabwe bekundet, eine konstitutionelle Demokratie zu sein, werden CSOs durch eine Reihe von Vorschriften an der Ausübung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte gehindert.

Missbräuchliche Gesetzgebung

Das Wahlgesetz ermächtigt die „Zimbabwe Election Commission“ (ZEC) praktisch dazu, die Wähler- und Bürgeraufklärung durch CSOs zu verhindern. Regelmäßig wird der „Public Order Security Act“ genutzt, um Jugend-CSOs davon abzuhalten, Jugendliche zur Wahlregistrierung zu ermutigen. Das „revidierte“ Wahlgesetz beschert der simbabwischen Wahlkommission [ZEC] ein Quasimonopol über die politische Wähleraufklärung. Niemand kann ohne die Zustimmung des ZEC Wahlaufklärung betreiben; auch Art und Inhalt eines solchen Programmes muss von der ZEC abgesegnet werden und die Finanzierung einer eigenständigen Wähleraufklärung, die nicht durch die ZEC vollzogen wird, ist alleine zu tragen. All diese Hürden verletzen das Recht der Bürger auf ihre Teilhabe an friedlichen politischen Veranstaltungen [garantiert unter Abschnitt 67 (2) (c) der Verfassung] und ihr Recht auf Meinungsfreiheit [garantiert unter Abschnitt 61 der Verfassung]. Der „Criminal Law [Codification and Reform] Act“ macht Präsident Mugabe praktisch immun gegenüber jeglicher Kritik und beschränkt die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Ausübung ihrer Aufsicht. „Anders als bei politischen Parteien, deren Erfolg daran gemessen werden kann, wie groß ihr Anteil an der Regierung ist, sind zivilgesellschaftliche Organisationen gegenüber der Bewertung ihres Wirkungsbereiches eingeschränkt.“ [ZPP-Strategieplan, 2007] Vor dem Hintergrund, dass Präsident Mugabe wieder allein an der Macht ist, bedeutet dies, dass die Auswirkung der Millionen von Euro, die seit 2000 in die Arbeit der CSOs geflossen sind, noch immer nachgewiesen werden muss.

Unglaubliche Wahlen!

Seit 2000 haben die CSOs dabei versagt, undemokratische Wahlen in Simbabwe zu verhindern – oder Einfluss auf ihre Vorbeugung zu nehmen. Die den Wahlen vorausgehenden Abläufe neigen dazu, hochpolitisch zu sein, sodass CSOs vor allem durch die Gesetzgebung und grobe Maßnahmen der skrupellosen ZANU-PF Anhänger „verdrängt“ werden. Bei den letzten Wahlen war es nicht einer CSO „erlaubt“ das Wahlregister einzusehen oder öffentliche Wäh-

Ieraufklärung zu betreiben. Einige, wenn nicht alle, CSOs waren von der Beobachtung ausgeschlossen und wo sie es nicht waren, wurde ihre „Intervention“ von der Regierung vollständig ignoriert. Hunderte CSOs kamen zusammen, um „minimale Bedingungen für freie und faire Wahlen“ zu formulieren. Präsident Mugabe stellte jedoch sicher, dass keine dieser Bedingungen erfüllt wurde. Nicht einmal jene aus dem GPA und der neuen Verfassung. Tragischerweise fehlte es den CSOs an einer Ausweichstrategie, um die Wahlen entweder zu verzögern oder die Ergebnisse zu diskreditieren und zu einem massenhaften zivilen Ungehorsam zu führen.

Institutionelle Lähmung

Generell agieren CSOs in Simbabwe im öffentlichen Auftrag von Treuhändern, Mitgliedern und Spendern. Wo immer diese verschiedenen Anteilsnehmer ihr gegenseitiges Vertrauen verlieren, wie beispielsweise 2006 im Falle von ZIMCET, mündet dies meist in der Auflösung der CSO. Hunderte CSOs sind in der Vergangenheit entweder auseinandergebrochen oder arbeiten unter einem Schleier der Korruption, einer institutionellen Diktatur, unzureichender Berichterstattung gegenüber ihren Unterstützern oder einer generell schlechten Führung. Obwohl NANGO eine Reihe von Selbstregulierungsmechanismen eingeführt hat, herrschen zwischen vielen simbabwischen CSOs tiefgreifende Streitigkeiten. Hinzu kommen Eifersüchteleien, Fehler bei ihren institutionellen Leistungen und der Zusammenbruch ihrer Unternehmensführung. Diese Situation führt dazu, dass sich die Regierung zu unregelmäßigen und höchst unerwünschten Überprüfungen der CSOs veranlasst sieht.

In den vergangenen fünf Jahren haben viele internationale Geber auf der ganzen Welt unter der Wirtschaftskrise gelitten. Simbabwische NGOs spürten diesen Druck vor allem durch die Reduzierung ihrer Finanzmittel, was ihr Potential rapide beschränkte oder in der kompletten Einstellung ihrer Arbeit mündete. Ein Mangel an Fördermitteln verringert nicht nur die Wirksamkeit ihrer entworfenen Programme, sondern führt unter den verschiedenen Netzwerken auch zu „Territorialkämpfen“ sowie Streitereien und Machtgerangel um ihre „Relevanz“. Unzureichende finanzielle und administrative Systeme verleiten die Zuständigen zu waghalsigen oder unnötigen Ausgaben für eher unwichtige Aufgaben außerhalb ihres Kerngeschäftes, wodurch viele CSOs nicht mehr funktionieren können.

5. Simbabwische CSO mit dem Rücken zur Wand? Mein Fazit.

Die simbabwische Zivilgesellschaft steht nicht nur mit dem Rücken zur Wand. Sie besitzt nur einen sehr kleinen oder gar keinen Plan B, um Mugabes nationalistischem Zorn und seiner Präsident-auf-Lebenszeit-Paranoia entgegentreten zu könnte. Das politische Narrativ von 2000 ist wieder auf dem Vormarsch,

allerdings ohne den zivilen Aktivismus. Die schwierige Frage lautet: Was braucht es, um das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der CSOs wiederherzustellen, damit sie die Unantastbarkeit der Wahl schützen können? Vor dem Hintergrund der Spendenmüdigkeit, die durch die Mitschuld der SADC verstärkt wird, könnte das Jahr 2013 die letzte wahrhaft aktive Zivilgesellschaft erleben. In Simbabwe besteht der dringende Bedarf für ein neues Modell eines staatlich-zivilgesellschaftlichen Engagements.

Derweil zeigt „ein neuer Index des globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerks, CIVICUS, dass viele Regierungen weltweit ihre Zusage brechen, ein Umfeld zu schaffen, das eine Mobilisierung der Bürger und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft erlaubt. Der „Enabling Environment Index“ (EEI) versucht die Bedingungen zu messen und zu vergleichen, die die Möglichkeiten der Bürger an der Zivilgesellschaft teilzunehmen, beeinflussen. Bedrohungen gegenüber der Zivilgesellschaft reichen von restriktiven Gesetzen, über eine politisch motivierte Strafverfolgung von Aktivisten, bis hin zu Einschüchterung und körperlicher Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger. Wie die folgende Tabelle zeigt, rangiert Simbabwe derzeit auf Platz 103 von 109.“

Rang	Land	EEI-Punktzahl
103	Simbabwe	0,35
104	Guinea	0,35
105	Gambia	0,32
106	Burundi	0,31
109	Demokratische Republik Kongo	0,26

Besteht Hoffnung? Ich denke ja – es ist der selbstlose Wunsch, unseren „Mittelklasse Komfort“ zu verlassen und einmal mehr zurück in die Schützengräben und in den Kampf gegen den Autoritarismus zu ziehen.



Medien-CSOs in Harare arbeiten an der Zukunft der Medienfreiheit

Literaturangaben:

1. Civil Society Monitoring Mechanism – 2009, 2010, 2012, Zimbabwe Lawyers for Human Rights, Harare.
2. Gender Gaps in the 1999 Constitution of Nigeria, WARDC, 2003, Lagos.
3. LRF, The 18th Annual Report of the Legal Resources Foundation, 2002, Harare.
4. Committee of Experts, Proposed Constitution of Kenya Handbook for Civic Education, 2010, Nairobi.
5. Mair, Stefan; Sithole, Masipula, Konrad Adenauer Stiftung, Blocked Democracies in Africa – Case Study Zimbabwe, 2001, Harare.
6. Zimbabwe Human Rights NGO Forum, Outreach Report – Taking Transitional Justice to the People, 2010, Harare.
7. Church and Civil Society Forum, Church and Civil Society Submissions – Towards Development of a National Framework for National Healing, Integration and Reconciliation in Zimbabwe, 2009 .
8. Church and Civil Society Forum, Initial National Healing Discussion Paper.
9. Civil Society Constitutional Compendium – Positions and Demands on the Content and Process, NANGO, 2010, Harare.
10. Symposium Declaration, Civil Society and Justice in Zimbabwe, Johannesburg South Africa. 13 August 2003.
11. Zimbabwe NGO Corporate Governance Manual, NANGO, 2006, Harare.
12. The Language of Hate: Inflammatory, Intimidating and Abusive Comments of Zimbabwe's 2008 Elections. Media Monitoring Project Zimbabwe, 2009, Harare.
13. www.zimbabwesituation.com.
14. Southern African Development Community Council of Non Governmental Organisations. Strategic Planning Workshop Report, 2009, Gaberone.
15. ,Life Beyond the Crisis – Bidding for Survival in the Development Sector in the Post Reform Era, Pandhari Lodge, June 2011.
16. What the People Said. A Report on the National Commission of Enquiry into the Establishment of a New and Democratic Constitution. Volume One. General Report & Proposed Constitutional Bill, 1999, Harare.
17. Ngwenya, R. Module on Citizen Participation in Community and National Governance, 2009, Johannesburg.
18. CIVICUS: Governments failing to create favourable conditions for civil society, says new report, September 23, 2013. <http://civicus.org/what-we-do-126/2013-05-06-10-38-39>. Credit to: www.kubatana.net.
19. Background briefing paper on the board brainstorming workshop on strategic refocusing of the coalition, 2003.
20. NANGO / FREEDOM HOUSE Module on Citizen Participation in Community and National Governance 2009.